PV-Anlagen nur auf elf staatlichen Bauten

Dem Land kommt eine Vorreiterrolle zu: Dennoch fehlen auf vielen Gebäuden PV-Anlagen. Beim Heizen ist das Land etwas weiter.

Daniela Fritz

74 Gebäude befinden sich im Eigentum des Landes. Und wie die Regierung in ihrem Hochbautenbericht 2026 richtig schreibt, kommt dem Land insbesondere im Energiebereich eine Vorbildfunktion zu. Es seien deshalb vermehrt Massnahmen zur Optimierung des Stromverbrauchs und der -produktion umzusetzen. Für die Erstellung zusätzlicher PV-Anlagen sind im nächsten Jahr 200 000 Franken budgetiert.

Bisher 800 Kilowattpeak an PV-Leistung installiert

Umso mehr erstaunt, dass derzeit nur auf elf landeseigenen Gebäuden tatsächlich eine PV-Anlage vorhanden ist. Die installierte Leistung beträgt laut Infrastrukturministerium rund 800 Kilowattpeak. Die Stabsstelle für staatliche Liegenschaften hat überprüft, bei welchen Gebäuden eine PV-Anlage möglich ist und wie hoch deren Nutzen wäre. Wie dem Hochbautenbericht zu entnehmen ist, ist Photovoltaik in naher Zukunft bei weiteren 20 Gebäuden bereits vorgesehen oder es finden Abklärungen statt. Allerdings ist dies bei 13 Gebäuden nur zweite Priorität. «Aufgrund der hohen Anzahl an Gebäuden sowie der begrenzten Personalkapazitäten und Budgetmittel wurde eine Priorisierung vorgenommen», erklärt das Ministerium auf Anfrage: Oftmals hänge die Installation neuer Anlagen mit weiteren Sanierungsmassnahmen zusammen.

Auf den Dächern und Fassaden der restlichen Liegenschaften wird auch in Zukunft kein Sonnenstrom produziert werden. Die Gründe dafür sind vielfältig. In vielen Fällen handelt es sich um denkmalgeschützte Objekte, so das Regierungsgebäude, das Landesmuseum oder die Burg Gutenberg.

Aber auch andere nutzungsspezifische Anforderungen oder strategische Entwicklungen wie etwa geplante Abbrüche oder Verkäufe können für die Entscheidung gegen eine PV-Anlage ausschlaggebend sein. «In Anbetracht der Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit ist in diesen Fällen eine Installation einer PV-Anlage nicht sinnvoll», so das Ministerium.

Das Post- und Verwaltungsgebäude in Vaduz ist eines von wenigen Hochbauten im Eigentum des Landes, auf dem PV-Anlagen installiert sind. Mit der Sanierung sollen weitere Flächen hinzukommen.

Bild: Nils Vollmar

Zehn Gebäude sollen bald raus aus Öl und Gas

Besser sieht es beim CO_2-neutralen Heizen aus. Die Gebäude, bei denen ein Fernwärmeanschluss derzeit möglich ist, sind laut Regierung bereits am Netz. Gemäss Auflistung im Hochbautenbericht trifft dies auf 15 Liegenschaften zu, bei weiteren 7 Gebäude ist entweder eine Wärmepumpe oder Holzheizung installiert. Das SZU und das Hallenbad in Eschen erhalten zusätzliche Wärme aus einem Blockheizkraftwerk. 29 landeseigene Gebäude werden derzeit zwar noch ausschliesslich mit Öl oder Gas beheizt, davon sollen aber 10 bis ins Jahr 2030 ans Fernwärmenetz angeschlossen werden. Beim Post- und Verwaltungsgebäude, dem Präsidialgebäude (Äule 38) und dem Kunstmuseum ist dies bereits im nächsten Jahr geplant. Vertiefte Abklärungen laufen zudem beispielsweise für das Regierungsviertel und das Schulzentrum Unterland.

Mindestens 36 Hochbauten werden also bereits oder sollen in Zukunft CO_2-neutral beheizt werden, lautet das Ziel der Regierung. Zudem stehen auch über 20 landeseigene Bauten im Portfolio, die über keine Heizung verfügen, etwa Ställe oder öffentliche Toiletten.

Land scheitert an seinen Vermietern

Gleichzeitig ist das Land in 34 Gebäude eingemietet. Dort ist der Spielraum für klimafreundliche Massnahmen offenbar gering. «Die Abklärung mit den Vertragspartnern zeigt, dass Eigentümer kein oder kaum Eigeninteresse an Investitionen in die Umrüstung von Heizungsanlagen oder der Beleuchtung zeigen», schreibt die Regierung im Hochbautenbericht.

Das ist kein Wunder: Wärme und Strom fallen beim Mieter als Nebenkosten an, womit Vermieter wenig finanziellen Anreiz für entsprechende Investitionen haben. «So bleibt dem Land nur, bei der Wahl der Mietobjekte die Energieanforderungen stärker zu berücksichtigen oder aber, Kosten bei Gebäuden ohne CO_2-neutrale Heizsysteme mindestens teilweise mitzutragen», so die Regierung weiter. Bei jährlichen Mietausgaben von knapp 7,7 Millionen Franken sollte der Druck eigentlich höher sein.

Insgesamt zahlt das Land rund 11,8 Millionen Franken pro Jahr an Betriebskosten. Die Strom- und Wärmekosten belaufen sich 2024 und 2025 auf je rund 1,8 Millionen Franken. Nach dem Preisschock im Jahr 2023, als das Land für Strom 2,6 Millionen hinblättern musste, hat sich die Situation demnach wieder etwas entspannt. Beim Gas rechnet die Regierung für 2026 hingegen mit einer leichten Erhöhung aufgrund höherer Netznutzungspreise.